

Sachdokumentation:

Signatur: DS 188

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/188



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Den Service public nicht zerschlagen

SGB: 2 x Nein für einen starken Service public

DATUM: 3. MAI 2016



Der SGB und seine im öffentlichen Dienst tätigen Gewerkschaften haben heute begründet, warum sie die "Pro Service public"- und die "Milchkuh"-Initiative entschieden ablehnen: Beide bedrohen den Service public. Die "Milchkuh" dadurch, dass sie ohne jegliches Augenmass massiv mehr Mittel für den Strassenbau verlangt, die dem Bund anderswo dann fehlen werden. Die "Pro Service public"-Initiative ihrerseits öffnet durch das Verbot des Gewinnstrebens die Tore zu einer Privatisierung gewisser Service public-Betriebe.

SGB-Präsident Paul Rechsteiner verwies auf diese Privatisierungsgefahr: "Weshalb soll z.B. die Swisscom keine Gewinne mehr machen dürfen? Weshalb soll das nur Salt und Sunrise vorbehalten sein? Käme die Initiative durch, wäre der Privatisierung der Swisscom Tür und Tor geöffnet." Rechsteiner warnte davor, dem "wenig durchdachten" Begehren nur wegen zu hoher Managerlöhne zuzustimmen.

Die Milchkuh-Initiative gefährdete den Ausbau der Bahn direkt: Der Beschluss des Stimmvolkes, 9 % der zweckgebundenen Mineralölsteuer für die Finanzierung des öffentlichen Verkehres zu verwenden, würde torpediert. Giorgio Tuti, SEV-Präsident: "Die "Milchkuh"-Initiative wird im öffentlichen Verkehr also unweigerlich zu Abbau und Preiserhöhungen führen. Das würde eine Rückverlagerung auf die Strasse bedeuten."

Maria Bernasconi, Generalsekretärin PVB, kritisierte, dass beide Volksbegehren zusammen dem Bund über 2 Mia. Franken Einnahmen entrissen und so dem Bundespersonal erneut gewaltige Sparübungen drohten: "Das so zusätzlich ausgelöste Sparen wird sich auch klar auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz auswirken."

Dem stimmte auch Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, zu: "Es darf nicht sein, dass Bundesbetriebe keine Gewinne mehr machen können und so Querfinanzierungen verunmöglichen, denn sie fliessen nicht in private Geldbeutel, sondern werden reinvestiert in den öffentlichen Dienst."

SGB-MEDIENKONFERENZ VOM 3. MAI 2016

Paul Rechsteiner, Präsident SGB

Zwei Nein für den Service Public und eine faire Verkehrsfinanzierung

Ginge es darum, den Service Public zu stärken, dann würden die Gewerkschaften mit voller Kraft für ein Ja zur Initiative „Pro Service Public“ kämpfen. Und wäre die Abstimmungsfrage die, dass die Löhne der Manager der Bundesunternehmen wieder unter jenen der Bundesräte zu liegen kämen, wären die Gewerkschaften sofort dafür. Leider ist das nicht der Fall.

Die Initiative der Konsumentenzeitschriften operiert ausgerechnet mit dem unseligen Begriff des Verbots der „Quersubventionierung“. Dieser Begriff wurde erfunden, um die öffentlichen Unternehmen zu schwächen und zu zerschlagen. Zum Beispiel die einstige PTT, bei der die rentable Telefonie die Postdienste quer subventionierte. Zum Nutzen aller. Jedem privaten Investor oder Unternehmer ist es erlaubt, nach eigenen Prioritäten oder im längerfristigen Interesse Schwerpunkte zu setzen und einen Bereich durch den anderen „quer“ zu subventionieren. Nur der öffentlichen Hand soll das mit ihren Unternehmen nicht mehr erlaubt sein. Dabei machen eine auf den allgemeinen und gesamthaften Nutzen ausgerichtete Tätigkeit und der Ausgleich beispielsweise zwischen den Regionen die Bundesbetriebe gerade aus. Sei es bei den SBB oder bei der Post. Weil das Verbot der Quersubventionierung ein neoliberaler Kampfbegriff ist, schadet die Initiative deshalb dem Service Public statt ihn zu verbessern.

Und weshalb soll beispielsweise die Swisscom keine Gewinne mehr machen dürfen? Weshalb soll das nur Salt und Sunrise vorbehalten sein? Käme die Initiative durch, wäre der Privatisierung der Swisscom Tür und Tor geöffnet. Das aber wäre für die Schweiz ein Eigentor. Eine starke Swisscom sorgt dafür, dass wir im Zukunftssektor der Telekommunikation eigene Schwerpunkte setzen können.

Sicher gäbe es beim Service Public einiges zu verbessern. Und die Spitzenleute der Bundesunternehmen sind mit ihren Auftritten oft eine schwere Hypothek. Nicht nur wenn es um ihre Löhne geht, sondern auch, wenn sie zum Beispiel weitere Preisaufschläge beim öffentlichen Verkehr propagieren. Es wäre aber ein grober Fehler, deshalb der wenig durchdachten Initiative zuzustimmen.

Dasselbe gilt für die Initiative der Automobilverbände. Sie trägt den hehren Titel „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“, verkehrt den Begriff der Fairness aber ins Gegenteil. Die Bundeskasse um 1,5 Milliarden Franken zu plündern ist unfair gegenüber allen, die auf intakte Bundesfinanzen angewiesen sind. Vom Bildungswesen über die Sozialwerke bis zum öffentlichen Verkehr. Auch ver-

kehrspolitisch geht die Initiative voll in die falsche Richtung. Während der private Motorfahrzeugverkehr in den letzten Jahren immer billiger geworden ist, wird der öffentliche Verkehr immer teurer. Diese Fehlentwicklung würde sich mit der Initiative noch massiv verschärfen.

Es braucht deshalb am 5. Juni trotz den wohlklingenden Initiativtiteln ein doppeltes Nein. Ein Nein für mehr Fairness und ein Nein als Bekenntnis zum Service Public.

Giorgio Tuti, Präsident SEV

SGB-Medienkonferenz 2x Nein für einen starken Service public, 3.5.2016

Bewährtes nicht in Frage stellen

Die «Pro Service public-» und die «Milchkuh»-Initiative» stellen die Grundprinzipien des Service public sowie das System der nichtzweckgebundenen Steuergelder in Frage. Damit gefährden sie eines der weltbesten ÖV-Systeme, um welches die Schweiz zurecht immer wieder beneidet wird.

«Pro Service public»-Initiative

Wir sind mit dem Dienstleistungsabbau – und den Cheflöhnen! – von SBB, Post und Swisscom auch nicht einverstanden. Diesen Umstand ändert man aber nicht, indem man sinnvolle und funktionierende Grundprinzipien des Service public in Frage stellt, wie dies die Initiative verlangt.

Grundversorgung ohne Gewinn?

Fernverkehr ist ein Teil der Grundversorgung, der durch die SBB sichergestellt wird. Sie betreibt diesen eigenwirtschaftlich. Gewinne, welche die SBB im Personenfernverkehr erzielt, werden vom Bund nicht abgeschöpft, sondern werden von der SBB für weitere Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs eingesetzt. So kann mit dem Gewinn zum Beispiel neues Rollmaterial gekauft werden. Die Initiative aber schreibt vor, dass der Bund in der Grundversorgung nicht nach Gewinn strebt. Dies würde nicht zur Stärkung des Service public beitragen, ganz im Gegenteil: Nur Leistungsabbau oder Preiserhöhungen wären die Folge.

«Milchkuh»-Initiative

Wo bleibt der Volkswille?

Vor rund zwei Jahren hat das Volk einem Bahninfrastrukturfonds zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) deutlich zugestimmt. Der Fonds sieht vor, dass neun Prozent des Reinertrages der zweckgebundenen Mineralölsteuer zur vollständigen Rückzahlung der Bevorschussung des FinÖV-Fonds verwendet wird. Es ist unsinnig, einfach einen Teil aus der aufeinander abgestimmten und sorgfältig austarierten Finanzierung des Bahninfrastrukturfonds herauszuberechnen. Damit wird der ÖV entgegen dem Volkswillen geschwächt.

Aber auch der regionale Personenverkehr müsste Haare lassen, wenn 1,5 Milliarden Franken neu statt in der Bundes- in der Strassenkasse landen.

Rückverlagerung auf die Strasse provozieren?

Die «Milchkuh»-Initiative wird im öffentlichen Verkehr also unweigerlich Abbau und Preiserhöhungen bewirken. Das wiederum führt dazu, dass ein Teil der ÖV-Kunden wieder auf das eigene Auto umsteigen wird, da sie nicht bereit sind, diese Verschlechterungen hinzunehmen. Es kann jedoch weder im Sinne der Nachhaltigkeit noch im Sinne der AutomobilistInnen sein, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu steigern.

Medienkonferenz des SGB vom 3. Mai 2016

Das bewährte Konzept der Querfinanzierung im Service public erhalten

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD-SSP

Ach, wie schön und nötig wäre es, wir hätten tatsächlich eine Initiative auf dem Tisch, die gemäss dem toll klingenden Namen „Pro Service public“ den Service public stärken will. Noch so gern hätten wir Angestellten des Service public diese Initiative mitgetragen. Kämpfen wir doch seit Jahren gegen bürgerliche Abbaupakete und Privatisierungen bei Bund, Kantonen und Gemeinden, die den Service public ausdünnen und schwächen wollen. Und es geht weiter so – auch mit diesen 2 Initiativen.

Es ist nicht zuletzt der gute Service public, der das Leben in der Schweiz angenehm macht: Eine gute Schulbildung, Sozialversicherungen und eine optimale Gesundheitsversorgung für alle, saubere Strassen und Parkanlagen, stets Strom, Trinkwasser direkt ab Wasserhahn, funktionierende Abfallentsorgung, Trams, Züge, die Post und Kommunikation nicht nur in den Städten sondern bis in die Randregionen. Eine ausgewogene Querfinanzierung macht möglich, dass auch nicht rentable, aber gesellschaftlich gewünschte Zweige des Service public möglich werden.

Die 2 Initiativen wollen den Service public finanziell und an Leistungen massiv schwächen und das bewährte Prinzip der Querfinanzierung verunmöglichen.

Die Milchkuh-Initiative will verbieten, dass die Hälfte der Mineralölsteuer dem allgemeinen Bundeshaushalt zugeführt wird. Auf einen Schlag würden Einnahmen von 1500 Millionen fehlen, mit denen im bewährten System der Querfinanzierung andere, vom Volk bestimmte Leistungen des Service public finanziert werden. Ein gigantisches Abbaupaket in Bildung, Gesundheit, Sozialbereich usw. mit spürbaren Einnahmeverlusten bis auf Kantons- und Gemeindeebene wäre die Folge. Allein im öffentlichen Verkehr müssten für 250 Millionen Zugs- und Busverbindungen abgebaut werden. Das darf nicht passieren! Stimmen wir Nein!

Mit der gefährlichen und verfänglichen Service public-Initiative würden wir ein riesen Eigengoal schießen und den heutigen Service public zerschlagen. Klar sind die hohen Managerlöhnen in ausgelagerten Bundesbetrieben nicht zu rechtfertigen. Bloss darf es nicht sein, dass Bundesbetriebe keine Gewinne mehr machen können und so Querfinanzierungen verunmöglichen, denn sie fließen nicht in private Geldbeutel, sondern werden reinvestiert in den öffentlichen Dienst. Sie ermöglichen Innovation und Entwicklung.

Das Herz unseres breiten Service public würde herausgeschnitten! Hoffentlich machen die Betriebe Gewinne und subventionieren damit eigene oder fremde Verwaltungsbereiche. So werden die nötigen Investitionen getätigt und können auch nicht-selbsttragende Angebote wie Kitas, Pflege, Bildung usw. oder noch nicht zur Grundversorgung gehörende wie Nachtbusse oder die Fernwärme angeboten werden. Ansonsten müsste alles via höhere Steuern oder Gebühren durch die Bevölkerung bezahlt werden oder würde ersatzlos gestrichen. Nur dank Überschüssen und Gewinnen können die Unternehmen an anderen Orten Verluste auffangen. Nur dank finanziell starken Unternehmen kann die öffentliche Hand die Grundversorgung bis in die Randregionen garantieren.

Den Initianten geht es vordergründig um SBB, Post und Swisscom. Schon bei diesen drei Betrieben wären wir mit katastrophalen Auswirkungen für den Service public konfrontiert: Bei wörtlicher Umsetzung der Initiative wäre nicht einmal mehr eine betriebsinterne Querfinanzierung bspw. bei der SBB möglich. Der lukrative Personenfernverkehr dürfte künftig keinen Gewinn mehr machen, um defizitäre Regionallinien quer zu subventionieren. Sicher aber dürften Post und Swisscom keinen Gewinn mehr an den Bund abliefern. Dem Bund würden jährlich 600 Millionen fehlen. Das hätte wieder Kürzungen in anderen Bereichen des Service public wie Bildung oder Soziales zur Folge und würde auf dem Buckel des Personals ausgetragen. Wir vom VPOD wissen zudem, dass Grundsätze des Bundes in der Regel gleich auch von den Kantonen und Gemeinden übernommen werden. Also könnten Gewinne bspw. der meist äusserst profitablen kommunalen oder kantonalen Energie- und Entsorgungsunternehmen nicht mehr in die Kasse von Gemeinden und Kantonen zurückfliessen. Insbesondere der Service public in seiner heutigen Breite und in Randregionen wäre gefährdet.

Entfällt die Möglichkeit der Gewinnerwirtschaftung und der Querfinanzierung, würden die Betriebe mit Sicherheit aufgesplittet: Die lukrativen Zweige würden privatisiert und damit der Gewinnmaximierung zugeführt, weil dann die Gewinne wirklich in Privattaschen abfliessen würden. Die defizitären Bereiche in der Grundversorgung würden beim Staat bleiben, der sie dann ohne Gewinnmöglichkeit nur noch aus Steuern oder Gebühren der Gesamtbevölkerung bezahlen muss oder einfach abschafft. Ob dann in der aktuellen politischen Situation, bei der von den Bürgerlichen ein Sparpaket nach dem andern auf dem Tisch liegt, eine heute schon defizitäre Zugs- oder Buslinie, die ohne Querfinanzierung noch teurer wird, weiterhin angeboten wird, ist unwahrscheinlich.

Die Querfinanzierungen, resultierend aus einem temporären Überschuss eines lukrativen Zweigs, sind ein wesentliches Element innerhalb des Service public und unverzichtbar für die Qualität und das Funktionieren der öffentlichen Grundversorgung. Halten wir an diesem positiven „Sonderfall Schweiz“ fest und stimmen deutlich Nein.

3. Mai 2016 | Pressekonferenz des SGB zur Abstimmung vom 5. Juni 2016

Service public: 2 X NEIN am 5. Juni!

Beitrag von Maria Bernasconi, Generalsekretärin des PVB und alt Nationalrätin
Es gilt das gesprochene Wort.

Im Service public jagt ein Sparprogramm das andere. Einmal wird eine Leistung infrage gestellt, ein anderes Mal werden Löhne eingefroren, schliesslich wird dazu noch privatisiert. Beim Bund ist gar die Rede von Entlassungen. Denn der Staat hat «light» zu sein, und dies aus rein ideologischen Gründen! Das postulieren zumindest gewisse Manager. Und die Rechte pflichtet ihnen bei und macht den Reichen erneut Steuergeschenke.

Und als ob diese Offensive allein nicht schon genug wäre, stimmen nun auch noch die Autoverbände mit ein: Sie schlagen vor, der Bund solle auf 1,5 Milliarden Franken verzichten und diesen Betrag einzig in die Strassen fliessen lassen. Es handelt sich um die «Milchkuh»-Initiative. Gewisse Konsumentenorganisationen (notabene nicht die Fédération romande des consommateurs) setzen mit der sogenannten «Pro Service public»-Initiative noch eins drauf. Diese soll den öffentlichen Unternehmen verbieten, aus der Grundversorgung Gewinn zu ziehen. Die Initiative würde entgegen ihrem irreführenden Namen den Service public schwächen, da sie den Handlungsspielraum der öffentlichen Unternehmen einschränken und den Bund vor allem um Millionen von Einnahmen (aktuell 800 Millionen) bringen würde. Die Folgen: Ein zusätzliches Sparprogramm, das nur Ausgaben betrifft, die nicht an einen gesetzlichen Rahmen gebunden sind wie Bildung und Forschung, Gesundheit, Bundespersonal (8 % des Gesamtbudgets des Bundes), Landwirtschaft und Armee.

Dieser Verlust von zirka 2 Milliarden Franken ist nicht nur für das Bundespersonal unannehmbar, das die Rechnung zuerst zahlt, sondern auch für die gesamte Bevölkerung einschliesslich der Wirtschaft schädlich. Denn es ist erwiesen, dass nur ein starker Service public die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Entwicklung der Schweiz sichern kann ... und damit das Wohlergehen der Bevölkerung! Dies haben bereits zahlreiche Studien gezeigt. Dennoch wird der durch die öffentlichen Dienste geschaffene Wohlstand unterschätzt und ist heute eindeutig gefährdet. Dies trotz der Tatsache, dass die Schweiz im weltweiten Vergleich die tiefste Staatsquote aufweist: Der Anteil der Staatsausgaben am BIP beträgt 39 % gegenüber 49,5 % in den EU-Ländern, 38,9 % in den USA und 42,8 % in Japan.¹ Der Service public in der Schweiz ist also äusserst effizient!

¹ Kennzahlen der öffentlichen Finanzen im internationalen Vergleich 2013, BFS, Lexikon der Schweiz 2015

Die Schweiz gehört zu den wettbewerbsfähigsten Nationen der Welt.

Politische Stabilität und enge Kontakte zu den ausländischen Märkten, Innovationsfähigkeit und Technologien, herausragende Infrastrukturen: Dies sind starke Argumente, die für die Schweizer Wirtschaft sprechen und sie im „Global Competitiveness Index“ des WEF auf die vorderen Ränge befördern. Ein Ergebnis, das nur dank eines starken Service public möglich ist.

Die Schweiz wird regelmässig zu den innovativsten Ländern der Welt gezählt.

Die öffentlichen Einrichtungen bieten ideale Rahmenbedingungen für Spitzenforschung und erfolgreiche Innovation, welche die wichtigsten Ressourcen unseres Landes darstellen. Doch in diesem Bereich sind die Folgen der Sparmassnahmen bereits spürbar: Agroscope entlässt 14 Topwissenschaftler, um die vom Parlament geforderten Sparziele zu erreichen. Dies hat gravierende Konsequenzen für die Forschung, die Leistungen für die Landwirtschaft sowie für die Lebensmittelsicherheit.

Die Bevölkerung der Schweiz ist eine der glücklichsten der Welt.

Ein wichtiger Faktor ist das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen und damit auch in die Verwaltungen, die sie betreiben. Daneben sind auch die Lebensqualität dank eines hervorragenden Sozial- und Gesundheitssystems, die Sicherheit sowie die beruflichen Perspektiven für Jugendliche, die bei uns viel besser sind als anderswo, wichtige Faktoren für das Wohlbefinden der Schweizerinnen und Schweizer.

Die Einnahmenverluste beim Bund infolge dieser beiden Initiativen würden den Service public, der im Dienste der Schweizer Bevölkerung, der Wirtschaft und der Innovation steht, deutlich schwächen. Sagen wir also klar NEIN zu diesen beiden Initiativen!

Medienkonferenz 3. Mai 2106

„Pro Service public“: kontraproduktiv und gefährlich.

Auf den ersten Blick erscheint es paradox. Im Land des Service public suchen die Initianten vergeblich nach Verbündeten für die Initiative „Pro Service public“. Verbände und Parteien sprechen sich gegen die Initiative aus. Die Verantwortlichen für Swisscom und Post bei syndicom erklären, weshalb syndicom sich gegen die Initiative ausspricht. Sowohl Daniel Münger als auch Giorgio Pardini kommen zum Schluss, dass die Initiative ihr Ziel verfehlt. Eine Annahme würde den Privatisierungsdruck auf Post und Swisscom erhöhen und birgt die Gefahr, dass die profitablen Unternehmensteile privatisiert würden. Hinzu kommt, dass die Initiative die Lohnentwicklung aller Arbeitnehmenden bei Post und Swisscom bedroht.

Zwei Bestimmungen des Initiativtexts sind für diese Einschätzung verantwortlich. Einerseits die verlangte genaue Abgrenzung der Grundversorgung von den anderen Leistungen und andererseits das propagierte Gewinnverbot in der Grundversorgung. Zusammen befeuern diese beiden Bestimmungen verheerende Tendenzen für Post und Swisscom. Zuerst ist zu verstehen, dass Grundversorgung und Service public nicht gleichgesetzt werden können. Während die Grundversorgung eng gefasst wird, beinhaltet der Service public weit mehr als die Grundversorgung. Nehmen wir die Post als Beispiel. Zur Grundversorgung gehören da das verbleibende Briefmonopol, der Zahlungsverkehr und das Poststellennetz. Nimmt man die gesetzlichen Bestimmungen der Grundversorgung zum Massstab, dann erfüllt die Post ihren gesetzlichen Auftrag knapp. Ihr Motto dabei: Zugangspunkte statt Poststellen. Als Gewerkschaft verlangen wir von der Post als Unternehmen des Service public aber mehr als blosser Zugangspunkte. Wir verlangen einen guten Service und eine Verantwortung als Arbeitgeber. Die Initiative hilft uns in dieser politischen Diskussion keinen Schritt weiter. Stattdessen setzt sie auf die gesetzliche Abgrenzung der Grundversorgung durch ein bürgerlich dominiertes Parlament. Damit riskiert sie eine noch enger gefasste Grundversorgung und einen Abbau des Service public insgesamt. Dasselbe trifft auf die Swisscom zu. Die Grundversorgung deckt die Swisscom ohne Weiteres ab. Darüber hinaus investiert sie aber stetig in die Modernisierung des Netzes und den Dienstleistungen auf diesen Netzen und ist damit Innovationstreiberin. Auch hier fordert syndicom von Swisscom weit mehr als die reine Grundversorgung. Dazu gehört zum Beispiel ein freier und erschwinglicher Zugang zu den neuen Technologien und Standards. Hier steht mit dem G5 Technologie der nächste Sprung an.

Aufsplitterung statt Quersubventionierung

Die Frage nach dem Quersubventionsverbot wird sehr kontrovers diskutiert. Ob die Initiative Quersubventionierung weiterhin ermöglichen wird, ist juristisch umstritten und deshalb nicht abschliessend zu beantworten. Klar ist: Sollte die Quersubventionierung wie bisher nicht mehr möglich sein, würde der Service public insbesondere in den Randregionen in Frage gestellt. Die Initianten nehmen dieses Risiko in Kauf.

Aus Sicht von Swisscom und Post ist ein weiteres Szenario noch gefährlicher. Das explizite Gewinnverbot gepaart mit der Frage der Grundversorgung ist ein gefährlicher Mix. Schon heute haben es die bürgerlichen Kräfte auf die Gewinne der Post und Swisscom abgesehen und arbeiten auf eine Einschränkung der Unternehmensaktivitäten hin. So haben die SVP und FDP in Person von Natalie Rickli und Ruedi Noser eine Motion eingereicht, die die weitere Privatisierung von Swisscom fordert. Für Giorgio Pardini ist dabei klar: „Die Privatisierer sind weniger an der Grundversorgung, also der Infrastruktur, interessiert, als vielmehr an den profitablen Produkten und Dienstleistungen, die die Swisscom anbietet.“ Ein Gewinnverbot

verstärkt die Privatisierungstendenzen. Denn ein Gewinnverbot durchzusetzen ist bei Swisscom heute nicht möglich. Zur Erinnerung: 49% des Aktienkapitals liegt in privaten Händen. Die Folge des Gewinnverbots wäre wohl unweigerlich eine Aufsplitterung der Swisscom in einen kleineren Teil der Grundversorgung mit Gewinnverbot und einen grösseren, profitableren Teil mit hohen Gewinne für die privaten Aktionären.

Heute profitiert der Bund als Aktionär von den Gewinnen bei Post und Swisscom. Rund 600 Mio. fliessen heute jährlich ins Budget des Bundes. Fallen diese 600 Mio. weg, wird das Parlament sparen wollen. Bei der Gesundheit, der Bildung, der Entwicklungshilfe und nicht beim Militär oder der Landwirtschaft. Erfahrungen haben wir dazu genug.

Dass Daniel Münger und Giorgio Pardini bei Annahme der Initiative eher von einem Leistungsabbau und/oder steigenden Preisen in der Grundversorgung ausgehen, hat ebenfalls mit der drohenden Aufsplitterung zu tun. Bei Swisscom sind die hohen Investitionen verantwortlich, die die Weiterentwicklung des Netzes erfordert. Sind die profitablen Teile einmal privatisiert, müssten entweder Einbussen beim Ausbau des Netzes hingenommen werden oder die Preise in der Grundversorgung erhöht werden. Denn Investitionen müssten weiterhin bezahlt werden.

Bei der Post wären die Auswirkungen noch schlimmer. Die Grundversorgung steht hier noch vielmehr unter wirtschaftlichem Druck. Werden hier die profitablen Unternehmensteile privatisiert, werden die Poststellen in noch schnellerem Tempo aufgehoben und der Service schneller abgebaut. Das wollen die Initianten nicht, aber sie gehen auch hier das Risiko ein.

Die Verwirrung um die Managerlöhne

Auch syndicom sind die hohen Löhne der Manager bei Post und Swisscom ein Dorn im Auge. Es ist stossend, dass Frau Ruoff (CEO Post) doppelt so viel verdient wie ihre Chefin Bundesrätin Leuthard. Doch in diesem Punkt schießt die Initiative weit übers Ziel hinaus. Der Initiativtext beschränkt die Löhne aller Arbeitnehmenden. Die Konsequenz wäre, dass das Parlament über die Löhne bei Post und Swisscom entschieden. Als Gewerkschaft kann syndicom diese Aufgabe nicht an das Parlament delegieren. Wir führen Lohnverhandlungen und wir sind bei Swisscom und Post erfolgreich. Denken wir die drohenden Privatisierungen mit, wird es noch deutlicher. Die beim Bund verbleibenden Unternehmensteile der Grundversorgung stünden unter erheblichem wirtschaftlichen Druck mit entsprechenden Auswirkungen auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen insgesamt. Ein Verteidigungskampf um Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze wäre die Folge. In den ausgelagerten Unternehmensteilen bestünde nicht einmal mehr die Pflicht Lohnverhandlungen zu führen oder bestehende GAV's fortzuführen. Auch hier wären Löhne und Arbeitsbedingungen bedroht.

Auskünfte:

Daniel Münger, Leiter Sektor Logistik 079 215 49 33

Christian Capacoel, Mediensprecher, Tel 078 847 18 45

